

A) Öffentlicher Teil	4
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 5.7.2010	4
3. Überplanmäßige Ausgaben	4
3.1 Abwasserabgabe 2009	4
Bezug: HA 6.9.10	4
Vorlage-Nr. 39/10	4
3.2 Unterhaltung Infrastrukturvermögen 2010	5
Bezug: HA 6.9.10	5
Vorlage-Nr. 40/10	5
4. Finanzmittelzuweisung an den Integrationsausschuss durch den Rat der Stadt Brühl	5
hier: Antrag der MigrantenvvertreterInnen vom 7.6.2010,	5
Bezug: IntA 30.8.10	5
Vorlage-Nr. 33/10 b	5
5. Entwurf des Jahresabschlusses 2009	6
Vorlage-Nr. 43/10	6
6. Jahresabschluss Stadtwerke	6
Vorlage-Nr. 209/88 aa	6
7. Bebauungsplan 08.09 ‚An der Ziegelei/Ehem. Tennishalle‘ und 25. Änderung des Flächennutzungsplanes	6
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	6
Bezug: PStA 9.9.10	6
Vorlage-Nr. 31/07 d	6
8. Antrag	8
8.1 Unterzeichnung der BfN Deklaration Biologische Vielfalt in Kommunen	8
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Grünen‘ vom 6.9.10	8
Vorlage-Nr. 44/10	8
9. Umbesetzung in Ausschüssen	9
9.1 Umbesetzung im Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus	9
hier: Antrag der Fraktion ‚Die Grünen‘ vom 6.9.10	9
Vorlage-Nr. 105/94 dk	9
9.2 Aufsichtsrat Gebausie	9
10. Mitteilungen	9
10.1 Beschwerde vom 20.8.2010 über Baulärm im Phantasialand	9
11. Anfragen	9
11.1 Unfallschwerpunkt Kreuzung Carl-Schurz-Straße/Clemens-August-Straße/ An der Brauerei	9
11.2 Veranstaltungen Markt	10
11.3 Einnahmerückgänge bei kommunalen Energieversorgern	10
11.4 Schulausschusssitzung	10
11.5 Sozialarbeiterstelle Lupinenweg	10

11.6 Bundesbahngebäude	10
11.7 Kindergarten Brühl-Schwadorf	11
11.8 Parkleitsystem	11
11.9 Brühler Bündnis für Familien	11
11.10 Straßenbaumaßnahmen; hier: Kooperation zwischen Stadt und Kreis	11 11
11.11 Schulkiosk Clemens-August-Schule	11
B) Nichtöffentlicher Teil	13
12. Kreditaufnahme 2010	13
Vorlage-Nr. 45/10	13
13. Zustimmung zum erschließungs- und städtebaulichen Vertrag im Gebiet des künftigen Bebauungsplanes 08.09 „An der Ziegelei/ehemalige Tennishalle“	13 13
Bezug: HA 6.9.10	13
Vorlage-Nr. 31/07 c	13
14. Mitteilungen	13
14.1 Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln im Jahre 2009	13
Vorlage-Nr. 354/79 ah	13
14.2 Kooperation Stadt – Kreis	14
15. Anfragen	14
15.1 Neuer Leiter der Abteilung Kultur, Partnerschaften und Tourismus	14
15.2 Restaurant und Biergarten „Alt-Brühl“	14
15.3 Pressetisch	14
15.4 Bahnhofsgebäude	14

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung

Bürgermeister Kreuzberg bittet um Ergänzung der Tagesordnung um die Tischvorlage 209/88 aa, „Gesellschafterversammlung Stadtwerke“.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Johannes Könen, Schultheistr. 54, Brühl, fragt, ob es Pläne gebe, die Stadtbücherei in nächster Zeit zu schließen.

Bürgermeister Kreuzberg antwortet, dass an eine Schließung der städtischen Bücherei nicht gedacht sei.

Herr Johannes Könen, Schultheistr. 54, Brühl, führt aus, dass z.Z. die „Rechte Ecke“ in Deutschland „koche“. Er fragt, ob dies auch Auswirkungen auf Brühl habe. Er verweist diesbezüglich auf das Treffen von „Junger Union“ und „Pro Köln“ im Jahre 2005. Er fragt, ob es Pläne für weitere Treffen dieser Art gebe oder ob die Brhler Politiker hiergegen vorgehen würden.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass bei allen Veranstaltungen und Aktivitäten, die in Brühl statt fänden, deutlich werde, dass Brühl ein ´Hort des Friedens´ sei. Aufgrund der Klarheit der Ablehnung solche Aktivitäten brauche hier niemand Nachhilfe in diesem Bereich. Im übrigen könne er keine Stellung nehmen zu Fragen an andere politische Gruppierungen.

2. Niederschrift vom 5.7.2010

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 5.7.2010 werden keine Einwände erhoben.

3. berplanmige Ausgaben

3.1 Abwasserabgabe 2009

Bezug: HA 6.9.10

Vorlage-Nr. 39/10

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) kann nicht nachvollziehen, warum diese außerordentlich hohe Nachzahlung nicht im Haushalt berücksichtigt worden ist. In der Hauptausschusssitzung habe er die Auskunft erhalten, dass die Nachzahlung in dieser Höhe nicht absehbar gewesen sei. Dem müsse er entgegen halten, dass gesetzlich eindeutig geregelt sei, wie hoch die Nachzahlung bei einem einmaligen Vergehen sei. Zwar sei der Ansatz bei dem entsprechenden Sachkonto aufgestockt worden, allerdings nicht in der erforderlichen Höhe. Er fragt daher nochmals, warum die Nachzahlung, nicht in der im Abwasserabgabengesetz festgelegten Höhe im Haushaltsplan veranschlagt worden sei.

Stadtkämmerer Freytag nimmt Bezug auf seine diesbezüglichen Ausführungen in der letzten Hauptausschusssitzung und wiederholt nochmals, dass im Haushaltsplan der Stadt Brühl nach bestem Wissen und Gewissen das eingesetzt werde, was planbar und vorhersehbar sei. Auch wenn Herr vom Hagen etwas anderes behaupte, bleibe er bei seiner Aussage, dass die Nachzahlung in dieser Höhe nicht vorhersehbar gewesen sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) kritisiert diese Aussage. Man könne nicht sagen, dass etwas nicht absehbar gewesen sei, wenn das Gesetz eindeutige Festlegungen treffe.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass die Frage aus seiner Sicht hinreichend beantwortet sei.

Der Rat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe von 455.000 € für die Abwasserabgabe 2009.

Deckungsvorschlag:

Mehrerträge Gewerbesteuer Vorjahr, Kostenstelle 61010000, Sachkonto 401301.

- einstimmig -

3.2 Unterhaltung Infrastrukturvermögen 2010

Bezug: HA 6.9.10

Vorlage-Nr. 40/10

Ratsherr Weber (Grüne) erklärt, dass er persönlich der Vorlage nicht zustimmen könne. Zwar könne er nachvollziehen, dass die Winterschäden erhebliche Unterhaltungskosten nach sich ziehen würden; unter dem Titel „Unterhaltung Infrastrukturvermögen“ versteckten sich jedoch mindestens zur Hälfte Mittel, die eher für Umbaumaßnahmen ausgegeben worden seien und damit zu einer erheblichen Verbesserung einer Straße führten, für die die Stadt Brühl nicht einmal Straßenbaulastträger sei. Seiner Ansicht nach müssten die Kosten vom Verursacher selbst getragen werden. Er fragt, ob die Stadt es versäumt habe, entsprechende Verträge abzuschließen, und warum die Maßnahmen nicht im Verkehrsausschuss beraten worden sei.

Bürgermeister Kreuzberg stellt richtig, dass seitens der Stadt Brühl nichts versäumt worden sei. Da die Stadt nicht Straßenbaulastträger sei, sei der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Brühl auch nicht zuständig. Eindeutig sei allerdings Brühler Infrastruktur betroffen. Im Sinne einer konstruktiven und erfolgreichen Wirtschaftsförderung sei es manchmal erforderlich, ein solches „Spagat“ zu leisten. Im Übrigen sei Brühl dafür bekannt, Maßnahmen grundsätzlich dem Verursacher anzurechnen.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) weist Herrn Weber darauf hin, dass der Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Rhein-Erft-Kreises Mitglied seiner Fraktion sei. Hätte man ihn befragt, hätte dieser zu dieser Frage sicherlich eine Antwort geben können.

Der Rat beschließt, eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 120.000,-€ bei dem Sachkonto 521105, Kostenstelle 54 01 00 00 „Unterhaltung Infrastrukturvermögen“ bereitzustellen.

Deckung:

Mehrerträge Gewerbesteuer Vorjahr, Kostenstelle 61010000, Sachkonto 401301.

Abstimmungsergebnis: 44 : 1 bei 4 Enthaltungen

4. Finanzmittelzuweisung an den Integrationsausschuss durch den Rat der Stadt Brühl

hier: Antrag der MigrantenvorteilnehmerInnen vom 7.6.2010,

Bezug: IntA 30.8.10

Vorlage-Nr. 33/10 b

Die **Vorsitzende des Integrationsausschusses, Ratsfrau Vilkmann** (SPD), bittet, im Sinne des Integrationsausschusses in § 1 Abs. 2 das Wort „Gremium“ zu ändern in „Integrationsausschuss“.

Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass es sich lediglich um eine redaktionelle Änderung handele, die man vornehmen werde.

Unter Berücksichtigung dieses Änderungsantrages fasst der Rat der Stadt Brühl folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die beigefügten „Richtlinien für die Verwendung der dem Integrationsausschuss der Stadt Brühl zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ zu verabschieden.

- einstimmig -

5. Entwurf des Jahresabschlusses 2009
Vorlage-Nr. 43/10

Der Rat nimmt den vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2009 entgegen und verweist diesen gem. § 101 Abs. 1 GO NW zwecks Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

- einstimmig -

6. Jahresabschluss Stadtwerke
Vorlage-Nr. 209/88 aa

Der Rat beauftragt den Gesellschaftervertreter, Herrn Poschmann, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Brühl GmbH folgende Beschlüsse herbeizuführen:

1. Der Jahresabschluss der Stadtwerke Brühl GmbH für das Wirtschaftsjahr 2009 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Jahresgewinn 2009 wird wie folgt verwendet:

a) Ausschüttung an die Stadt Brühl	706.000,00 €
./ 15 % Kapitalertragssteuer	105.900,00 €
./ 5,5 % Solidaritätszuschlag	<u>5.824,50 €</u>
Auszahlung an die Stadt Brühl	594.275,50 €
b) Einstellung in die Gewinnrücklage	448.330,29 €
- 3: Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat ist für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

- einstimmig bei 1 Enthaltung -

7. Bebauungsplan 08.09 ‚An der Ziegelei/Ehem. Tennishalle‘ und 25. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Bezug: PStA 9.9.10
Vorlage-Nr. 31/07 d

- I. Der Rat der Stadt Brühl beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange und unter Bezug auf die nachfolgenden Erläuterungen über folgende Anregungen aus der Frühzeitigen Bürgerbeteiligung sowie der Öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan sowie zur 25. Änderung des Flächennutzungsplanes:

Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange zum BP 08.09 'Ehem. Tennishalle / An der Ziegelei'

A 1 - Stellungnahmen der Bürger aus der Frühzeitigen Bürgerbeteiligung (08.03. - 19.03.2010)

B 1, Altenzentrum Johannesstift Brühl, Anschreiben vom 26.03.2010:

B 1: Anregung wird nicht berücksichtigt.

A 2 - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Frist zum 06.04.2010

T 1, Stadtwerke Brühl, Techn. Abt., Anschreiben vom 15.03.2010:

T 1.1: Anregung wird berücksichtigt.

T 2, Erftverband, Anschr. v. 22.03.2010:

T 2.1: Anregung wird berücksichtigt.

T 2.2: Anregung wird berücksichtigt.

T 2.3: Anregung wird nicht berücksichtigt.

T 3, Kreispolizeibehörde, Anschr. v. 22.03.2010:

T 3: Anregung wird nicht berücksichtigt.

T 5, Stadtwerke Brühl, Pflege und Unterhaltung, Anschr. v. 26.03.2010:

T 5.1: Anregung wird berücksichtigt.

T 5.2: Anregung wird berücksichtigt.

T 6, Rhein-Erft-Kreis, Amt für Kreisplanung und Naturschutz, Anschr. v. 30.03.2010:

T 6.1: Anregung wird berücksichtigt.

T 6.2: Anregung wird berücksichtigt.

T 7, Amt für Bodendenkmalpflege, Anschr. v. 22.04.2010

T 7: Anregung wird berücksichtigt.

B 1 - Stellungnahmen der Bürger aus der Öffentlichen Auslegung (26.05. - 25.06.2010)

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.

B 2 - Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange mit Frist zum 25.06.2010

T 1, Erftverband, Anschr. v. 25.05.2010:

T 1: Anregung wird berücksichtigt.

T 2, Rhein-Erft-Kreis, Anschr. v. 25.05.2010:

T 2: Anregung wird berücksichtigt.

T 3, Geologischer Dienst NRW, Anschr. v. 01.06.2010:

T 3: Anregung wird nicht berücksichtigt.

- II. Der Rat beschließt die 25. Änderung des Flächennutzungsplans einschließlich dem Erläuterungsbericht und beauftragt die Verwaltung die Änderung gemäß § 6 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) der oberen Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

- III. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 10 BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) den Bebauungsplan 'Ehem. Tennishalle / An der Ziegelei' einschließlich der Textlichen Festsetzungen als Satzung und beschließt die zugehörige Begründung.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Brühl, Flur 7, und wird wie folgt begrenzt:

Im Westen durch die westlichen Grenzen der Flurstücke 1531, 1390
im Norden durch die nördliche Grenze des Flurstücks 1390, 1617
im Osten durch die östliche Grenze des Flurstücks 1617 bis zur Schnittlinie mit der südlichen Grenze des Flurstücks 1531 und
im Süden durch die südliche Grenze des Flurstücks 1531 verlängert nach Osten bis zur östlichen Grenze des Flurstücks 1617.

Der Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Genehmigung zur FNP-Änderung der Bezirksregierung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

- einstimmig -

8. Antrag

8.1 Unterzeichnung der BfN Deklaration Biologische Vielfalt in Kommunen

hier: Antrag der Fraktion ‚Die Grünen‘ vom 6.9.10

Vorlage-Nr. 44/10

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass er die in der Bürgermeisterkonferenz einstimmig verfasste Antwort an den Landrat in dieser Angelegenheit den Sitzungsunterlagen beigelegt habe um zu zeigen, wie in diesem Gremium argumentiert worden sei.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) zeigt sich erstaunt darüber, dass dem Antrag keine Verwaltungsvorlage beigelegt sei. In dem Anschreiben an Landrat Stump könne man allerdings eine Befürwortung erkennen. Auch wenn die Finanzierung noch unklar sei, handele es sich um ein sehr wichtiges Anliegen, so dass der Antrag keinesfalls untergehen dürfe. Sie beantrage daher folgende Änderung des Beschlusssentwurfs:

1. Der Rat der Stadt Brühl beauftragt die Verwaltung, bis zur nächsten Ratssitzung am 8. November 2010 einen Sachstand zur finanziellen Unterstützung des Projektes durch Bund und Land vorzulegen. Gleichzeitig soll auch der Maßnahmenkatalog der Deklaration vorgelegt werden.
2. Der Antrag der GRÜNEN vom 6.9.2010 wird bis dahin vertagt.

Bürgermeister Kreuzberg hält eine Realisierung bis zum 8. November für ausgeschlossen. Es müsse zunächst eine Abstimmung der Städte im Städte- und Gemeindebund erfolgen. Auch die anstehenden Verhandlungen mit Bund und Land seien in der Kürze der Zeit nicht abgeschlossen. Er schlage daher vor, den Antrag in der vorliegenden Form beizubehalten und lediglich zurückzustellen bis entsprechende Ergebnisse vorliegen würden.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) stimmt der Vorgehensweise zu, bittet allerdings, zur ersten Ratssitzung in 2011 einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) stellt fest, dass die Stadt Brühl in vielen Bereichen, die im Antrag aufgeführt seien, bereits aktiv sei. Seine Fraktion halte daher eine Beratung im Fachausschuss auf der Grundlage einer entsprechenden Verwaltungsvorlage für sinnvoll.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) erklärt, dass seine Fraktion aufgrund der unklaren Finanzierung dem Antrag heute nicht zustimmen könne.

Der Rat verweist den Antrag an den Ausschuss für Umweltfragen und nachfolgend in die erste Ratssitzung 2011.

- einstimmig -

9. Umbesetzung in Ausschüssen

9.1 Umbesetzung im Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus

hier: Antrag der Fraktion ‚Die Grünen‘ vom 6.9.10

Vorlage-Nr. 105/94 dk

Der Rat beschließt, **Herrn Andreas Bierschenk** als stellvertretenden sachkundigen Bürger in den Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus zu bestimmen.

- einstimmig -

9.2 Aufsichtsrat Gebausie

Auf Antrag des **Fraktionsvorsitzenden Pitz** (FDP) wählt der Rat, statt des bisherigen stellvertretenden Mitgliedes Thea Brämer (FDP) die **Ratsfrau Hedwig Müller-Neimann (FDP)** als stellvertretendes Mitglied in den Aufsichtsrat der Gebausie.

- einstimmig -

10. Mitteilungen

10.1 Beschwerde vom 20.8.2010 über Baulärm im Phantasialand

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Bauaufsicht des Rhein-Erft-Kreises auf seine entsprechende Nachfrage hin mitgeteilt habe, dass bei dem Betreiber des Phantasialandes keine Beschwerde eingegangen sei und an diesem Tag auch keine Bauarbeiten nach 20.00 Uhr auf dem Gelände des Phantasialandes durchgeführt worden seien.

11. Anfragen

11.1 Unfallschwerpunkt Kreuzung Carl-Schurz-Straße/Clemens-August-Straße/

An der alten Brauerei

Ratsherr Weesbach (SPD) weist darauf hin, dass es hier aufgrund der versetzten Kreuzung oft zu Unfällen oder Beinahe-Unfällen komme. Er fragt, ob die Verwaltung Maßnahmen zur Verringerung der Unfallgefahr plane.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass die Gefahrenstelle der Verwaltung bekannt sei und z.Z. gemeinsam mit der Polizei entsprechende Maßnahmen überlegt würden. Zu gegebener Zeit werde er hierüber berichten.

11.2 Veranstaltungen Markt

Ratsherr Weitz (SPD) begrüßt die vielfältigen Veranstaltungen in der Innenstadt. Von Nachteil sei in diesen Fällen allerdings, dass die Fußgängerzone immer offen stehe und dann auch befahren werde. Er fragt, ob es der Verwaltung möglich sei, mit den Veranstaltern künftig eine entsprechende Regelung zu treffen, wie dies unterbunden werden kann.

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass man verwaltungsseitig bereits alles versucht habe, um dies zu verhindern. Es komme jedoch immer wieder vor, dass die Poller entfernt würden. Eine Möglichkeit wäre die Installation versenkbarer Poller verbunden mit der Erteilung entsprechender Zugangsberechtigungen. Man werde allerdings diesbezüglich auch noch einmal mit den Veranstaltern sprechen.

11.3 Einnahmerückgänge bei kommunalen Energieversorgern

Ratsherr Weitz (SPD) berichtet, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund erhebliche Einnahmerückgänge erwarte. Er fragt, ob es mit den Stadtwerken bereits Gespräche darüber gegeben habe, wie die finanziellen Auswirkungen sich für Brühl darstellten und wie sich diese auf die Investitionen für den Ausbau erneuerbarer Energien auswirkten.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass laut Auskunft des Geschäftsführers der Stadtwerke die Stadt Brühl – wenn überhaupt – nur marginal von den Auswirkungen betroffen sei.

11.4 Schulausschusssitzung

Ratsherr Blanke (SPD) weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Schulausschusses am 28. September 2010 im Neubau der Erich-Kästner-Realschule stattfinde. Als Tagesordnungspunkt 1 sei die Besichtigung des neuen Gebäudes vorgesehen, die er allen empfehle.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass es sich um einen hervorragenden Bau und um einen schönen neuen Brühler Veranstaltungsraum handele.

11.5 Sozialarbeiterstelle Lupinenweg

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt, wann die derzeit unbesetzte Stelle wieder besetzt werde.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er ebenfalls auf baldige Wiederbesetzung hoffe. Der SKFM habe bisher allerdings ohne Erfolg eine/n Nachfolger/in gesucht.

Stadtkämmerer Freytag ergänzt, dass die Angelegenheit auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration stehe und dort ausführlich behandelt werde. Er weise allerdings darauf hin, dass die Öffnung des Büros derzeit durch andere Kräfte des SKFM gewährleistet sei.

11.6 Bundesbahngebäude

Ratsfrau Niclasen (Grüne) weist darauf hin, dass aufgrund der Schließung des Gastronomiebetriebes das Haus keine schöne Visitenkarte mehr darstelle als Eingangstor für Brühl.

Bürgermeister Kreuzberg sagt zeitnahen Bericht in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen zu. Es gebe Lösungsmöglichkeiten, über die man einmal beraten müsse.

11.7 Kindergarten Brühl-Schwadorf

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es Pläne gebe, den kirchlichen Kindergarten in Brühl-Schwadorf im Jahre 2013 zu schließen und ob es diesbezüglich bereits Gespräche gegeben habe.

Stadtkämmerer Freytag bestätigt, dass es Überlegungen des Trägers gebe, die allerdings noch nicht konkretisiert worden seien.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

11.8 Parkleitsystem

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) nimmt Bezug auf seine bereits vor 1 ½ Jahren gestellte Anfrage hinsichtlich der Höhe der Unterhaltungskosten. Er fragt, ob der ihm damals angegebene Betrag auch die Kosten für die Beheizung beinhalte.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

11.9 Brühler Bündnis für Familien

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) verweist auf ihre mehrmaligen Anfragen hinsichtlich des Sachstandes und fragt, wann sie mit einer Antwort rechnen könne.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

11.10 Straßenbaumaßnahmen; hier: Kooperation zwischen Stadt und Kreis

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) führt aus, dass ihm bekannt sei, dass eine Abstimmung zwischen Stadt und Kreis an unterschiedlichen Stellen realisiert werde. Er als Vorsitzender des Kreisverkehrsausschusses lege alle ihm von der Kreisverwaltung vorgelegten Tagesordnungspunkte dem Verkehrsausschuss vor. Er berücksichtige dabei sogar Anträge von Gruppierungen, die eigentlich nicht antragsberechtigt seien. Allerdings stelle er fest, dass das Verfahren nicht immer reibungslos ablaufe. So gebe es z.B. Sachverhalte, die der Stadt Brühl besser bekannt seien als dem Kreis. Dies habe er speziell im Rahmen der Thematik 'K 7' feststellen müssen.

Er hätte daher gerne einmal gewusst, wie das grundsätzliche Verfahren sei und ob es möglich sei, die der Stadt Brühl bekannten Sachverhalte dem Vorsitzenden des Kreisverkehrsausschusses mitzuteilen.

Bürgermeister Kreuzberg lobt den hervorragenden Geschäftsbetrieb mit den Kollegen des Rhein-Erft-Kreises. Es sei allerdings nicht Aufgabe des Bürgermeisters, den Vorsitzenden des Kreisverkehrsausschusses über Geschäfte der laufenden Verwaltung zu informieren.

11.11 Schulkiosk Clemens-August-Schule

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) fragt, ob es richtig sei, dass der bisherige Imbissdienst des Hausmeisters durch einen von der Stadt veranlassten Catering-Service ersetzt werde. Die Eltern seien mit diesem Service allerdings unzufrieden und hätten bereits Unterschriften gesammelt.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass dort ein Catering-Service eingerichtet worden sei, da der Mittagsbetrieb nur so einwandfrei ermöglicht werden könne. Man sei allerdings mit der Schulleitung und den Schülern im Gespräch, um eine eventuelle Realisierung über ein Schülerprojekt vorzunehmen.